A 1 Universitätsbibli

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 142 — Sonnabend, den 28. November 1931. — 44. Jahrgang

Haussuchungen bei der NSDAP.

Das Material dem Oberreichsanwalt zugeleitet.

Darmstadt, 27. November

Das Preußische und das Hessische Innenministerium haben dem Oberreichsanwalt ein Dokument und Beweisangaben über seine Echtheit zugeleitet, das von führenden Kreisen der Nationalsozialistischen Partei in Hessen aufgestellt worden sein soll.

Das Dokument sei benannt als „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet."

Die Durchführung der Volksernährung solle nach dem Dokument durch Kollektivspeisung und auf Grund von Lebensmittelkarten erfolgen, auf die Lebensmittel ohne Bezahlung geliefert werden sollen.

Ein besonderer Verordnungsentwurf des Dokuments „zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes" spreche aus, daß die Führung „zur Rettung des Lebens der Bevölkerung" gezwungen sei, über den gesamten Ertrag des Volksvermögens und das Vermögen des einzelnen Volksgenossen zu verfügen.

„Es gibt", so sage das Dokument an dieser Stelle weiter, „bis zu anderweitiger Regelung kein Privateinkommen mehr".

Dafür werde der gegenwärtige Vermögensstand gesichert durch Verbot von Zwangsvollstreckungen, Hemmung von Verjährungsansprüchen, Aufhebung des Zinsenlaufes für Geldforderungen und den Mietzins usw. Ein besonderer Verordnungsentwurf behandle die nationale Arbeitsdienstpflicht, die jeden „Deutschen (nicht Juden usw.) männlichen und weiblichen Geschlechts" vom 16. Lebensjahre betreffe, soweit er nicht bei Behörden dient oder der S. A., bezw. Landeswehr angehört. — Das Dokument sei von dem hessischen Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. überreicht worden, weil dieser Abgeordnete, der inzwischen mit der NSDAP in Differenzen geraten sei, in ihm illegale Bestrebungen erblicke, die er mit seinem Gewissen nicht habe vereinbaren können.

Die Illegalität werde erblickt in der einleitenden Bemerkung „nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune".

Erklärung der Parteileitung.

München, 27. November

Die Pressestelle der Reichsparteileitung der NSDAP erklärte zu der Angelegenheit der im Braunen Haus in Darmstadt vorgenommenen Haussuchung, es handle sich, wenn wirklich belastendes Material gefunden worden sei, um Fälschungen, jedenfalls um Dinge, mit denen die Partei nichts zu tun habe, von denen sie keine Kenntnis gehabt habe, die sie aber auch für ausgeschlossen halte.

Eine eingehendere Stellungnahme der Parteileitung sei erst möglich, wenn ihr selbst die bis jetzt noch fehlenden Unterlagen vorliegen. Diese Stellungnahme der Parteileitung sei noch zu erwarten.

Am Schlusse der Erklärung wird — wie bei früheren Gelegenheiten — nochmals betont, daß jedes Parteimitglied, das sich mit illegalen Dingen beschäftige, aus der Partei ausgeschlossen werde.

Eine Legalitätserklärung Göhrings an den Reichsinnenminister.

Berlin, 27. November.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Göhring hat im Auftrage des Parteiführers Hitler im Zusammenhang mit den Vorgängen in Hessen dem Reichsinnenminister Groener folgende Erklärung übermittelt:

„Die Nachrichten über angebliche Hochverratshandlungen der Partei in Hessen sind der Parteileitung erst durch die Presse bekanntgeworden. Die Reichsleitung sowie die maßgebenden Parteistellen haben damit nicht das geringste zu tun. **Die Reichsleitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und beschworenen Standpunkt strengster Legalität. Sie wird die Vorgänge in Hessen untersuchen und gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rücksichtslos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen."**

Vor einer neuen Notverordnung.

Berlin, 27. November.

Wie verlautet, wird innerhalb der Reichsregierung die Absicht erwogen, durch eine neue Notverordnung den Vollstreckungsschutz auch für die westdeutsche Landwirtschaft einzuführen.

Damit werden eine Reihe von Bestimmungen der Osthilfe-Notverordnung auch für den Westen Anwendung finden. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein hat eine Erklärung abgegeben, wonach die Einführung des Vollstreckungsschutzes auch für die Gebiete in Schleswig-Holstein notwendig sei. Die Landwirtschaftskammer hat den zuständigen Regierungsstellen eingehende Vorschläge unterbreitet, die die grundsätzliche Zustimmung der Provinzialbehörden gefunden haben.

12000 Siedlungen im Jahre 1931.

Wie mitgeteilt wird, kann man damit rechnen, daß in in diesem Jahr die Zahl der angesetzten Siedler einen Rekord bedeuten wird. Diese Zahl wird auf rd. 12 000 geschätzt.

Nach den neuen Richtlinien, die der Aufbau- und Primitivsiedlung dienen, soll im nächsten Jahr mindestens die gleiche Anzahl von Siedlern angesetzt werden. Falls sich die Finanzierungsmöglichkeit verbessert, wird mit einer noch größeren Zahl von anzusetzenden Siedlerstellen gerechnet.

Laval wird ausfallend.

Unerhörte Angriffe gegen Deutschland.

Paris, 27. November.

Der französische Ministerpräsident Laval antwortete in der Mittwochnachmittag-Sitzung in einstündiger Rede auf die zahlreichen Interpellationen über die Außenpolitik Frankreichs. Er begann damit, chronologisch die Ereignisse zu skizzieren. Die optimistischen Voraussagen, die man an das Hooverfeierjahr geknüpft habe, hätten sich nicht erfüllt.

Der Ministerpräsident erinnerte im einzelnen daran, wie eine große deutsche Bank am 13. Juli ihre Schalter geschlossen habe und damit eine Periode der Beunruhigung eingesetzt habe. Auf Anregung Macdonalds sei dann eine internationale Konferenz zusammenberufen worden, um die Lage Deutschlands zu prüfen. Zuvor seien die deutschen und französischen Staatsmänner in Paris zusammengekommen. Hierbei habe sich sofort gezeigt, daß

Schwierigkeiten auf beiden Seiten

bestünden. Trotzdem habe man, da sich eine gegenseitige Achtung gezeigt habe, mutig den Versuch machen müssen in irgendeiner Weise etwas zu unternehmen. Sowohl der Reichskanzler wie auch er als französischer Ministerpräsident hätten die Interessen ihrer Länder gewahrt, und er entfinne sich eines Wortes, das Reichskanzler Brüning gebraucht habe und das auf ihn tiefen Eindruck gemacht habe:

„Es ist eine Tragödie in der Geschichte unserer Völker, das wir niemals zu gleicher Zeit das gleiche Wort aussprechen können."

Er, Laval, habe das Empfinden gehabt, daß sowohl der Reichskanzler als auch der Reichsaußenminister befriedigt gewesen seien von der offiziellen Aussprache während des Pariser Besuches. Dann sei man am 20. Juli gemeinsam zur Londoner Konferenz gefahren. Ministerpräsident Laval erinnerte daran, welche Beschlüsse man in London bezüglich der deutschen Krise gefaßt habe, die zu der bekannten Sachverständigenkommission in Basel unter den Auspizien der Internationalen Zahlungsbank und zu den Verhandlungen über die kurzfristigen Kredite führten.

Laval zeigt sein wahres Gesicht.

Laval kam dann auf die Reise zu sprechen, die er und Außenminister Briand nach Berlin unternommen haben und die mit der Einsetzung einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission geendet habe. Die erste Fühlungnahme dieser Kommission am 13. November berechtige zu den besten Hoffnungen für die Zukunft. Laval streifte dann kurz seine Reise nach Washington und sprach dann über die allgemeinen politischen Probleme der Gegenwart. Bei seinen Ausführungen über das Reparationsproblem machte Laval Ausführungen, die in der deutschen Oeffentlichkeit stärkstes Befremden hervorrufen müssen.

So verstieg er sich zu der höchst unfreundlichen Feststellung, daß Deutschland als Schuldner eine gewisse Großmannssucht bewiesen habe, immer alles schöner zu gestalten und die nationalen Ausrüstungen zu vervollkommnen, aber in dem Augenblick, in dem man zahlen solle, sich für zahlungsunfähig zu erklären, das sei die Gewohnheit Deutschlands. Dieser Zustand werde noch dadurch verschlimmert, daß Kundgebungen erfolgten, die bei zu vielen Menschen in Deutschland Unterstützung fänden.

Er, so fuhr Laval unter starkem Beifall der Mitte und der Rechten fort, verstehe das Elend des deutschen Volkes; aber wenn nun das Gegenteil der Fall wäre, was würde man in Deutschland denken, wenn Frankreich genau so handeln würde, wie man in Deutschland handele? Die Welt sei gewiß durch eine beispiellose Krise in Mitleidenschaft gezogen. Deutschland sei am stärksten davon betroffen; aber andere Länder seien auch nicht verschont.

Frankreich müsse sich weigern, sein Geld zu vergeuden.

Frankreich dürfe auch nicht Beweise einer gewissen Großmut geben, wie gewisse Länder von ihm erwarten. Frankreich habe seine Pflicht erfüllt.

Appell an die Frauen.

Paris, 27. November.

Der internationale Kongreß für die moralische Vorbereitung der Abrüstung, an dem 600 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, wurde mit einer Sitzung eröffnet, die der Frage galt: Warum abrüsten?

In dieser Richtung richtete die deutsche Delegierte Frau Dr. Lüders einen eindringlichen Appell an die Frauen der ganzen Welt, mitzuwirken bei der Befestigung des Vertrauens zum Frieden und des Glaubens an den Frieden, ohne die eine Wiederholung der Weltkatastrophen nicht verhindert werden kann.

Ausgehend von der klassischen Formulierung des Verzichts auf den Krieg in der Präambel des Kellogg-Paktes, erinnerte Frau Lüders daran, daß mit diesem formellen Verzicht nur ein erster Schritt getan sei, der jedoch ohne die Niederlegung der Waffen den Frieden nicht verbürgen könne.

Das wird solange unmöglich sein, als nach Hoovers Wort die öffentliche Ordnung der Völker auf der Furcht und nicht auf dem guten Willen aufgebaut ist.

Verständnis und Achtung, freiwilliger Verzicht nicht nur auf das „Recht des Stärkeren", sondern auch auf den moralischen Zwang, den man auf ein Volk ausgeübt hat, sind unerläßliche Voraussetzungen einer friedlichen und vertrauensvollen Gemeinschaft der Völker.

Die Frauen müssen ihre Stimme in allen Staaten erheben, um den Staatsmännern, die noch unentschlossen zweifeln, und den Volksvertretungen, die noch ängstliche Berechnungen anstellen, verstehen zu geben, daß ohne Vertrauen kein Frieden bestehen kann.

Einberufung der Sachverständigen.

Basel, 26. November.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gibt amtlich die Einberufung des Sonderausschusses für die Prüfung der deutschen Finanzlage bekannt. Die Tagung beginnt am 7. Dezember in Basel. Zu Mitgliedern des Sonderausschusses wurden ernannt: Professor Beneduce-Italien, Staatsminister Francqui-Belgien, Sir Walter Layton-London, Dr. Melchior-Hamburg, Direktor Hohara-London, Professor Charles Rist-Paris, Dr. Stewart-Neuyork.

Ladendorffs Immunität aufgehoben.

Berlin, 26. November.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtags beschloß, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Ladendorff (Wirtschaftspartei) wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank für Handel und Grundbesitz zu erteilen.

Die Lohnbewegung.

Essen, 27. November

Schiedsspruch für den Ruhrbergbau.

In den Verhandlungen über die Löhne im Ruhrbergbau wurde durch die Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedsspruch gefällt, wonach das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1931 verlängert wird. Der Spruch kann erstmalig am 1. Dezember zum 31. Dezember gekündigt werden.

. . . für die Bielefelder Metallindustrie.

In dem Lohnstreit in der Bielefelder Metallindustrie wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters ein Schiedsspruch gefällt, wonach mit Wirkung vom 23. November 1931 die Löhne der Zeitlöhner um 5 Prozent, die Akkordrichtlöhne um 6 Prozent gesenkt werden. Die Regelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. 1. 1932 gekündigt werden.

. . . in der Nordbayerischen Textilindustrie.

Im Lohnstreit der Nordbayerischen Textilindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt. Dieser sieht eine Herabsetzung der Akkordlöhne und Akkordsätze um 5 Prozent und eine unveränderte Fortdauer der Zeitlöhne vor. Diese Regelung soll mindestens bis 5. März 1932 bestehen bleiben.

Aufforderung zu Hungermärschen.

Prag, 27. November

Wie zu den blutigen Ereignissen bei Niederlindewiese, bei denen 6 Tote zu beklagen sind, weiter amtlich gemeldet wird, machten die 15 Gendarmen von der Schußwaffe gegen die ungefähr 800 Personen starke angreifende Menge erst Gebrauch, als nach Verwundung des Gendarmeriekommandanten, Oberleutnants Jirkovsky, elf von Steinen und Stöcken getroffene Gendarmen in höchster Bedrängnis waren und die Menge sich bereits auf die Gendarmen stürzte und ihnen Pfeffer und Salz in die Augen zu streuen begannen.

In den Abendstunden herrschte in der Gegend vollkommene Ruhe. Es wurde festgestellt, daß der kommunistische Senator Langer in einer öffentlichen Versammlung in Magstadt die Versammlungsteilnehmer zu Hungermärschen aufgefordert hatte.

Lärmszenen im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus, dessen Sitzung kurz nach dem Eintreffen der Nachrichten von dem blutigen Ereignis in Schlesien unterbrochen wurde, nahm nach etwa einstündiger Pause die Sitzung wieder auf. Nachdem der kommunistische Abgeordnete Gottwald namens seiner Fraktion das Vorgehen der Gendarmerie gegen die Arbeiter, die sich nur gegen eine Lohnherabsetzung gewehrt hätten, verurteilt hatte, ergriff Innenminister Slavik in Gegenwart des Ministerpräsidenten und zahlreicher Mitglieder der Regierung das Wort. Er wurde von den Kommunisten mit Lärm und Zwischenrufen empfangen.

Der Minister ersuchte die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, bei der Untersuchung zugegen zu sein, die sofort durchgeführt werden würde. Kein Schuldiger werde der Strafe entgehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311128-17/fragment/page=0001

Die Kommunisten begleiteten die Rede des Ministers mit lärmenden Kundgebungen und Zwischenrufen.

Deutsche Tagesschau.

Abg. Wittmaack wird Landtagspräsident.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags hat in ihrer Sitzung beschlossen, als Nachfolger für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Bartels den sozialdemokratischen Abgeordneten Ernst Wittmaack vorzuschlagen. Abg. Wittmaack ist Stadtrat in Magdeburg und im Wahlkreis Magdeburg für die SPD. gewählt. Dem preußischen Parlament gehört er ununterbrochen seit der verfassunggebenden Landesversammlung 1919 an. Abg. Wittmaack steht im 54. Lebensjahr und hat sich auch als Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen betätigt.

Preußische Beamtenschaft und NSDAP.

Im Preußischen Landtag hat die nationalsozialistische Gruppe, unterstützt durch die deutschnationale Fraktion, einen Antrag eingebracht, worin das Staatsministerium ersucht wird, den Beschluß vom 25. Juni 1930 aufzuheben, soweit durch ihn den Beamten die Zugehörigkeit und Betätigung für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) verboten ist, da sowohl der Herr Reichspräsident als auch der Herr Reichswehr- und der Herr Reichsinnenminister die Legalität der Hitler-Bewegung erkannt haben.

Förderung des Handwerks durch die Siedlung.

Der preußische Volkswohlfahrtsminister hat sich an den Reichskommissar für vorstädtische Kleinsiedlung gewandt und ihn gebeten, bei Durchführung des Siedlungsplanes der Reichsregierung, soweit dies ohne wesentliche Schädigung der Belange der Siedlung möglich ist, ortsansässige Handwerker, Gewerbetreibende und Gärtner bei Vergebung von Aufträgen zu berücksichtigen mit der Maßgabe, daß bei der Ausführung Erwerbslose in weitestgehendem Maße zu beschäftigen sind.

Auslands-Rundschau.

Oesterreichs Nationalsozialisten gegen Heimwehr.

Die Landesleitung der Nationalsozialisten Oesterreichs hat an sämtliche Parteiblätter und Ortsgruppen eine parteiamtliche Erklärung geschickt, in der die Verstimmung über das kürzliche Abrücken Starhembergs von den Nationalsozialisten scharf zum Ausdruck kommt und erklärt wird, daß es den Nationalsozialisten unmöglich sei, weiterhin mit den Heimwehren irgendwelche Verhandlungen zu führen oder auch nur die geringste Verbindung mit ihnen aufrechtzuerhalten.

Die französischen Flotten-Neubauten.

Im Marine-Ausschuß der Kammer wurde beschlossen, den Bau der gegenwärtig vorgesehenen Schiffe (vier Kreuzer II. Klasse, ein Torpedobootszerstörer, ein Torpedoboot sowie ein Flußkanonenboot) zu befürworten, und zwar mit einem Hinweis darauf, daß es sich nur um Ersatzbauten handele und daß das vollständige französische Flottenbauprogramm später nachgeholt werden solle.

Englands Handelsverträge.

Auf die Frage eines Abgeordneten im Unterhause, ob die Regierung demnächst Handelsverträge mit anderen Ländern kündigen wolle, erwiderte der Parlamentssekretär des Außenhandelsamtes Colville: Die internationalen Verpflichtungen Großbritanniens auf dem Gebiet des Handels bilden einen Teil der Frage der Handelsbilanz, die die Regierung prüft. Bisher ist kein Handelsvertrag gekündigt worden. Die Angelegenheit ist noch Gegenstand einer Untersuchung.

Kleine politische Meldungen.

Zentrumsabgeordneter Grebe gestorben. Der Abgeordnete der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages, Prof. Grebe-Osnabrück, ist im Landtagsgebäude einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene vertrat den Wahlkreis Weser-Ems.

Die kanadische Bevölkerungszahl. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Volkszählung vom Juni d. J. hat Kanada jetzt eine Bevölkerung von mehr als zehn Millionen gegenüber 8 790 000 im Jahre 1921.

Aus der Umgegend

Nebra, 27. November.

— **Das neue Kirchenjahr.** Mit dem Totenfest-Sonntage am 22. November erreichte das alte Kirchenjahr sein Ende. Das neue Kirchenjahr beginnt mit dem ersten Adventssonntag am 29. November und schließt mit dem 20. November 1932. Der Heilige Abend und Silvester fallen auf einen Donnerstag, Neujahr auf einen Freitag. Epiphanias ist am Sonntag, dem 3. Januar, Fastnacht am 9. Februar und Palmarum am 20. März. Der Karfreitag fällt auf den 25. März, Ostern auf den 27. und 28. März, Himmelfahrt auf den 5. Mai und Pfingsten auf den 15. und 16. Mai. Das Trinitatisfest ist am 22. Mai; ihm folgen 26 Trinitatissonntage. Der Buß- und Bettag ist am 16. November und das Totenfest am 20. November 1932.

— **Kirchliches.** Der Jugend wird am Sonntag wieder ein Gottesdienst angeboten, diesmal, um ihn anziehender zu gestalten, im geheizten Gemeindesaal. — Der Sonnabend ruft unsere Gemeinde ins Schützenhaus zum Familien-Abend, an dem wieder allerlei Schönes und Wichtiges geboten wird. Möchte die dafür geleistete freiwillige Arbeit durch guten Besuch gelohnt werden.

— **Stadt-Lichtspiele.** Die langen Abende, namentlich des Sonntags, verlangen eine geistige Betätigung, eine Anregung. Diese vermittelt unstreitig die Abrollung eines guten und interessanten Films. Einige Stunden im Kino die am Auge vorüberrollenden Bilder verfolgen, ist gleichbedeutend mit einer geistigen Instruktionsstunde, denn die Vorgänge auf der weißen Wand erfordern dauernd rege Betätigung des Geistes. Für morgen abend ist wieder ein anregendes Programm angekündigt, vor allem werden die Zuschauer wieder einen der beliebten Wild-Westfilme zu sehen bekommen.

— **Bleib im Lande und nähr' dich redlich . . .** Der Zuzug von arbeitsuchenden Hausangestellten aus Deutschland nach den Niederlanden hat in den letzten Wochen einen bedenklichen Umfang angenommen. Da selbst die seit längerer Zeit in Holland tätigen Hausangestellten infolge der wirtschaftlichen Krise stark abgebaut werden und nur schwer und unter bedeutend ungünstigeren Bedingungen andere Stellung finden, besteht für neueintreffende, oft ungenügend geschulte Kräfte, augenblicklich so gut wie keine Aussicht, hier noch unterzukommen. Die geringen Barmittel, die sie mit sich führen, sind nach kurzer Zeit verbraucht, so daß sie dann, da die deutschen Wohlfahrtseinrichtungen durch die ständig wachsende Not der bereits im Lande befindlichen Personen schon derart in Anspruch genommen sind, daß sie den neu Hinzugekommenen wirksame Hilfe nicht mehr leisten können, fast stets als lästige Ausländer von den niederländischen Polizeibehörden abgeschoben werden. Besondere Gefahr besteht für jugendliche weibliche Angestellte, deren Zahl unverhältnismäßig groß geworden ist.

— **Das Leben ist noch um 25 Prozent teurer als vor dem Kriege.** Die Kosten der Gesamtlebenshaltung sind in der abgelaufenen Woche wieder ein wenig gesunken. Der Lebenshaltungsindex ist um 6,40 Prozent zurückgegangen und zwar durch den Rückgang der Preise für Rindfleisch und ausländisches Schmalz. Im ganzen ist der Lebenshaltungsindex seit dem Erlaß der ersten Notverordnung im Februar, wo er am 18. den höchsten Stand mit 1,338 gehabt hatte, um 5,98 Prozent auf 1,258 gesunken, d. h. wir müssen in den bescheidensten Verhältnissen immer noch 25,8 Prozent für unsere Lebenshaltung mehr ausgeben als im Jahre 1913/14.

— **Rückgabe von Orden und Ehrenzeichen.** Orden und Ehrenzeichen müssen nach dem Tode der Inhaber an den Staat, der sie den Beliehenen nur zu einem bestimmten Zwecke geliehen hat, wieder zurückgegeben werden, soweit sie nicht bestimmungsgemäß von der Rückgabe ausgeschlossen oder von den Besitzern schon bei Lebzeiten käuflich erworben sind bezw. von den Hinterbliebenen noch erworben werden. Auszeichnungen, die ein Verstorbener besessen hat, sind daher an die Ortspolizeibehörde abzuliefern oder sie sind zu bezahlen. Die für die einzelnen Orden zu zahlenden Preise werden auf Anfrage von der Ortspolizeibehörde mitgeteilt, damit kann auch ein Verzeichnis der nicht zur Ablieferung kommenden Orden eingesehen werden.

— **Erst lesen, dann unterschreiben!** Um unsere Leser vor Schaden zu bewahren, möchten wir erneut darauf aufmerksam machen, daß es sich empfiehlt, Lieferscheine, die einem von fremden Händlern vorgelegt werden, sorgfältig durchzulesen, ehe man sie unterschreibt. So viel Zeit muß man sich schon nehmen. Tut man das nicht, kann man bittere Erfahrungen machen. So ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß ein Händler den Blankoschein als Bestellung über 2000 RM. Waren ausfüllte. Reklamationen haben in diesem Falle wenig Wert, da meist gleich vorgedruckt ist, daß eine Anfechtung ausgeschlossen ist. — Also Vorsicht mit Unterschreibungen, wenn man es vorher nicht gründlich gelesen hat.

— **Geschäftsstenographenprüfung bei der Industrie- und Handelskammer zu Halle.** Am 25. Oktober fand die 23. Stenographen-Prüfung bei der Industrie- und Handelskammer zu Halle statt, an der 59 Bewerber teilgenommen haben. Davon entfielen auf Gabelsberger 1 Bewerber, Reichskurzschrift 27 Bewerber, Stolze-Schrey 31 Bewerber. Von den 59 Bewerbern haben 38 die Prüfung bestanden, und zwar in der Reichskurzschrift 17 Bewerber bei 150 Silben, 1 Bewerber bei 180 Silben, 1 Bewerber bei 200 Silben, 1 Bewerber bei 220 Silben, 1 Bewerber bei 240 Silben, im System Stolze-Schrey 12 Bewerber bei 150 Silben, 4 Bewerber bei 180 Silben, 1 Bewerber bei 200 Silben.

Reinsdorf. 25. Nov. Nachts wurde dem Landwirt Edmund Hankel von hier sämtliche Wäsche, die im Garten zum Trocknen aufgehängt war, gestohlen. Sogar die Wäscheleine haben die Diebe mitgehen heißen. — In der Generalversammlung der hiesigen Darlehnskasse wurden dem Turnverein Reinsdorf 1902 e. V. zum Ankauf des Turn- und Sportplatzes 300 Mark geschenkt.

Carsdorf, 26. November. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich heute in der Mittagsstunde in der hiesigen Unstrutschleuse. Als der für die Bitzenburger Zuckerfabrik Rübenkähne heranholende Dampfer beim Durchschleusen war, geriet der Besitzer des Dampfers beim Anlegen so unglücklich in eine Drahtschleife, daß ihm ein Bein kurz über dem Fuß stark gequetscht wurde. Aerztliche Hilfe war schnell zur Stelle. Der Verletzte wurde durch das Querfurter Krankenauto der Klinik in Halle zugeführt.

Laucha, 25. Nov. Zum heutigen Ferkelmarkt standen insgesamt 40 Ferkel zum Verkauf. Das Geschäft war lebhaft. Die Preise erfuhren eine starke Rückwärtsbewegung und schwankten je nach Größe und Qualität zwischen 10 und 20 RM. pro Paar. Der Markt wurde fast geräumt.

Niederschmon. Unter dem Viehbestande des Landwirts Otto Löhne ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen, die Gemeinde bildet einen Sperrbezirk, in dem sämtliches Klauenvieh der Stallsperre unterliegt.

Bottendorf. Das Konsistorium hat eine erneute Ausschreibung der Pfarrstelle angeordnet, da sich bisher nur ein Pfarrer gemeldet hatte, der inzwischen an einem anderen Orte gewählt worden war. Vielleicht bietet die Nähe des Schulortes Roßleben doch einen Anreiz zur Meldung, da Kinder leicht dort die Schulen besuchen können.

Heygendorf. In einem Schäfereistall brach hier Feuer aus, das jedoch bald gelöscht werden konnte. Auch das im Stalle stehende Vieh konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Die Ursache des Brandes ist noch nicht geklärt worden.

Heldrungen. Auf dem Ferkelmarkt waren 104 Stück Sauglschweine angefahren. Der Preis betrug pro Paar 13 bis 15 Mark für kleinere und 18 bis 24 Mark für größere Ferkel.

Bad Frankenhausen. Tausende von toten Fischen in der Großen Wipper. Am Bußtag beobachteten die Einwohner in Göllingen, Seega und Gänserode das Treiben von toten Fischen in der Großen Wipper. Die Massen der toten Fische steigerten sich von Stunde zu Stunde. Besonders kraß wirkte sich das Fischsterben unterhalb von Göllingen aus, wo an einer der Strömung abgelegenen Stelle die toten Fische haufenweise antrieben. An der Mühle bei Göllingen fischten Schuljungen einen Karpfen von außergewöhnlicher Größe aus dem Wasser, der das stattliche Gewicht von 13 Pfund aufwies. — Die Empörung der Bevölkerung über dieses Fischsterben ist ziemlich groß, zumal man annimmt, daß das Sterben auf Einleitung von giftigen Abwässern oberhalb des Wipperlaufes erfolgt ist. Der Schaden für die Fischereipächter ist ungeheuer groß, da ziemlich alle Fische vernichtet sind und in den nächsten zwei Jahren mit einem Ertrag nicht zu rechnen ist.

Tilleda (Kyffh.). Totaufgefunden wurde in seiner Wohnung der Hauptmann a. D. Theuerkauf, der seit einigen Jahren hier als Privatmann lebt. Die Todesursache konnte noch nicht einwandfrei ermittelt werden. Ein Verbrechen scheint nicht vorzuliegen.

Münchenroda (Kr. Querfurt). Als vor einigen Tagen hier ein Grab ausgehoben werden sollte, stieß man auf die Grundmauern eines alten Gebäudes. Zwei Fuhren Steine, darunter einige von Zentnerschwere, wurden aus dem Erdreich ans Tageslicht gefördert. Nach alter Überlieferung hat einst auf dem Friedhof eine Kirche gestanden, deren Überreste man anscheinend gefunden hat. Die Kirche soll in Kriegszeiten zerstört, die Glocken in die Unstrut geworfen worden sein. Die Bewohner eines Nachbardorfes haben, wie der Volksmund behauptet, die Glocken wieder geborgen und in ihrem eigenen Glockenstuhl aufgehängt, wo sie trotz des Protestes von Müncheroda bis zum Weltkrieg verblieben.

Naumburg. Eine Versammlung von etwa 30 Gastwirten und Geschäftsinhabern befaßte sich mit einer für die Beteiligten sehr unangenehmen Angelegenheit. Jeder der Anwesenden hatte einen Automaten in Form einer eierlegenden Henne erworben. Der Kaufpreis, 210 Mark, konnte laut Bestellschein in Raten bezahlt werden, und zwar sollten diese Raten bei Abnahme von Eiern gutgeschrieben werden. Auf diese Weise hätten aber innerhalb eines Jahres nicht weniger als 14 000 Stück Eier abgenommen und infolgedessen auch umgesetzt werden müssen. Dieser Umstand wurde wohl von den meisten Beteiligten übersehen und der Bestellschein unterschrieben, ohne daß man sich über seinen Inhalt recht ins Klare gekommen war. Nun will man sein Recht auf gerichtlichen Weg geltend machen.

Schafstädt. In der letzten Stadtverordnetensitzung kam es bei der Besprechung der Friedhofsgebührensenkung zu einem Tumult, der mit der Wortentziehung gegen einen Abgeordneten wegen persönlicher Angriffe begann. Die Versammlung wurde schließlich vom Vorsteher vorzeitig geschlossen, und der Bürgermeister machte von seinem Hausrecht Gebrauch. Er wies die Tribünenbesucher, die sich eingemischt hatten, aus dem Sitzungsraum.

Merseburg. Auf der Eisenbahnstrecke Halle—Merseburg wurde unweit der Mühlbag-Brücke, bei Schkopau, an einem Bootshaus eine Person aufgefunden, die sich vom Zuge hatte überfahren lassen. Der Blockwärter hatte die in zwei Teile zerschnittene Leiche aufgefunden, deren Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Es handelt sich um eine etwa 25jährige Person, die mit einer weißen Leinenjacke bekleidet war, demnach aus dem Friseur oder Gastwirtsgewerbe stammen dürfte.

Rampitz b. Merseburg. Durch Einbruch wurden vom Rittergut Kötzschau etwa 100 Kaninchen gestohlen. Die vier Diebe, denen man auf der Spur ist, entkamen im Schutz der Nacht in Richtung Großlehna.

Halle. Die Industrie- und Handelskammer Halle hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der der Präsident Dr. Curt Steckner über die Wirtschaftslage sprach. Er erklärte hierbei, daß die Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbeirates noch nicht beendet seien, doch habe man sich auf die Leitsätze für das Programm der Regierung geeinigt. Inwieweit dabei dem vom Reichskanzler selbst ausgelprochenen Erfordernis entsprochen wurde, die Dinge in Deutschland so zu sehen, wie sie sind, läßt sich noch nicht sagen. Auf das Börsenprogramm eingehend, erklärte der Präsident, daß er eine Verschiebung des Zeitpunktes der Wiedereröffnung der Börsen für eine Hinausschiebung von Sanierungsmöglichkeiten der Wirtschaft halte. Die Zahl der Arbeitslosen habe am 31. Oktober 4 622 000 betragen. Im Hinblick auf die für Ende Oktober angegebene Arbeitslosenzahl von 4 622 000 meinte der Redner, daß sich die Wirtschaft nur erholen könne, wenn die auf ihr ruhenden Lasten gesenkt werden. Hierbei sprach er den dringenden Wunsch aus, daß die Notverordnung der Reichsregierung, die das soviel besprochene Winterprogramm enthält und Ende d. M. veröffentlicht werden soll, dieser Tatsache Rechnung trägt, um das Vertrauen der Wirtschaft wieder herzustellen.

Der anschließenden Aussprache wurde noch eine Ermäßigung der Eisenbahn- und Postarife, ein Gesetz über die Regelung des Zulagewesens gefordert, sowie zu der Devisenbewirtschaftung im inneren Auslandsverkehr Stellung genommen.

Halle. Die Kommunistische Partei hat den früheren Geschäftsführer des in Konkurs gegangenen Allgemeinen Konsumvereins aus der Partei ausgeschlossen. Der Grund für den Ausschluß war, daß er ebenso wie vier andere Mitglieder der KPD., in der Zeit, in der das Konkursverfahren noch schwebte, ohne Zustimmung der Partei private Lebensmittelläden gegründet hatte. Diese Handlungsweise wird als schwerer Verstoß gegen die kommunistische Genossenschaftspolitik bezeichnet. Auch die vier anderen wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Halle. Scheunenbrand in Diemitz. — In der Nacht zum Mittwoch wurde die hallische Feuerwehr nach dem Vorort Diemitz gerufen, wo eine große Scheune auf dem Grundstück des Bäckermeisters Angermann brannte, die mit leicht brennbaren Baumaterialien angefüllt war. Durch das Feuer gerieten eine Anzahl benachbarte ländliche Grundstücke in Gefahr. Starker Funkenregen ging auf der angrenzenden, mit Erntevorräten gefüllten Scheune nieder. Die Feuerwehr konnte nach vieler Mühe den Brand auf seinen Herd beschränken.

Halle. Wegen Totschlags an seiner Ehefrau und Brandstiftung verurteilte das Schwurgericht Halle den 34jährigen Lackierermeister Ernst Orthey zu acht Jahren Zuchthaus und 10jährigem Ehrverlust. Der Angeklagte hatte Anfang August während eines Streits seine Frau niedergeschlagen, dann mit einer brennbaren Flüssigkeit begossen und angebrannt. Hierauf holte er seine Kinder aus dem Nebenzimmer, rief „Feuer!" und suchte zuerst den Eindruck zu erwecken, als ob seine Frau einem Unglücksfall zum Opfer gefallen wäre oder Selbstmord begangen hätte. Blutspuren an der Tür und die Wunden widerlegten diese Angaben sofort.

In der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht versuchte Orthey wieder, sich als schuldlos hinzustellen und als ob er in vorübergehender Umnachtung gehandelt habe. Das ärztliche Sachverständigengutachten sprach sich jedoch eindeutig gegen die Annahme einer Geisteskrankheit aus.

Wachsdorf b. Wittenberg. „Sachverständige" an der Arbeit. — Durch Einbruch wurde nachts aus dem Herrenhaus des Rittergutes das gesamte Tafelsilber und eine goldene Uhr gestohlen. Weniger wertvolle Silbersachen verschmähten die Einbrecher. Die Beute hat einen Wert von mehreren tausend Mark. Die Ermittlungen zur Aufklärung sind sofort eingeleitet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311128-17/fragment/page=0002

Herrmannsacker (Kr. Sangerhausen). Wilddiebe aufgespürt. — Im Gemeindewald wurden von dem Jagdpächter drei Wilddiebe bemerkt, die sofort auf ihren Fahrrädern die Flucht ergriffen. Der Landjäger nahm die Verfolgung der Wilddiebe auf, gab auch einen Schuß auf sie ab, doch gelang es ihnen, zu entkommen. In den angelegten Schlingen hatten sich zwei Rehe gefangen.

Güntersberge (Kr. Ballenstedt). Der Landwirt Walter Sachse wurde im Kuhstall tot aufgefunden. Er hatte, als er an der provisorischen Lichtleitung herumhantierte, einen elektrischen Schlag erhalten, der sofort seinen Tod herbeiführte.

Magdeburg. Der 46 Jahre alte Zupfführer Leopold Hosang aus Magdeburg-Buckau erlitt Dienstag früh auf dem Güterbahnhof Wahren einen tödlichen Unfall. Ihm wurden beim Überschreiten der Gleise von einer Rangier-Lokomotive beide Beine verstümmelt. Auf dem Transport nach dem Krankenhause erlag er seinen Verletzungen.

Rodleben b. Zerbst. Bei einem Zimmerbrand in der Kantine der Metall-Chemischen Werke fand das vier Monate alte Kind der Eheleute Möhring den Tod. Die Mutter hatte am Ofen Wäsche zum Trocknen aufgehängt, die in Brand geraten war. Durch den Qualm ist dann das Kind erstickt.

Rodersdorf b. Halberstadt. Dieser Tage entstand auf dem Gehöft des Landwirts Ohlendorf ein Brand, durch den das Wohnhaus und die Scheune mit den Futtervorräten in Asche gelegt wurden. Durch das Feuer war der ganze Ort gefährdet worden, da das Gehöft mitten im Dorf liegt. Als Brandursache vermutete man sofort Brandstiftung, da das Feuer in beiden Gebäuden zu gleicher Zeit ausgebrochen war. Nunmehr wurde der Besitzer des Anwesens, der 58jährige Landwirt Ohlendorf, unter dem Verdacht der Brandstiftung in das Untersuchungsgefängnis nach Halberstadt eingeliefert. Es handelt sich bei ihm um einen tüchtigen, geachteten Landwirt, der unter der allgemeinen Wirtschaftslage sehr schwer litt. Für den 26. d. M. war die Zwangsversteigerung seines Anwesens angesetzt worden.

Sieben Prozent Lohnsenkung in der Mitteldeutschen Metall-Industrie.

Vom Schlichter für Mitteldeutschland wurde in dem Lohnstreit der Mitteldeutschen Metallindustrie für die Tarifgebiete Halle, Anhalt, Magdeburg und Thale ein Schiedsspruch gefällt, nach dem die tariflichen Spitzenlöhne um ungefähr 7 Prozent gesenkt und für gelernte Arbeiter auf 72,5 Pfennig, für angelernte auf 66,5 und für ungelernte auf 59,5 Pfennig festgesetzt werden. Die Ausgleichszulage wird bei den über 20 Jahre alten Zeitlohnarbeitern auf 2,5 Pf. erhöht; für die Zeitlohnarbeiter von 18 bis 20 Jahren bleibt sie in der bisherigen Höhe von 1 Pfennig bestehen. Die Lohnregelung tritt mit der nächsten Lohnwoche in Kraft und kann mit einmonatiger Kündigungsfrist erstmalig zum 29. Januar 1932 gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft am Mittwoch, dem 2. Dezember, ab.

Neues aus aller Welt.

Fabrikbrand in Neukölln. Aus bisher noch nicht festgestellter Ursache geriet in einem Schuppen der Autofabrik Gaubschat in Berlin-Neukölln ein Holzlager in Brand. Das Holzlager wurde gänzlich vernichtet. Die in demselben Schuppen befindliche Stellmacherei wurde auch in Mitleidenschaft gezogen; doch wurden die Maschinen nicht beschädigt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Revision gegen das Urteil im Henning-Prozeß angemeldet. Von den Angeklagten wie von der Staatsanwaltschaft ist gegen das vom Hamburger Schwurgericht wegen Tötung des kommunistischen Bürgerschaftsmitgliedes Ernst Henning gegen die Nationalsozialisten Jansen, Bammel und Hoeckmayr gefällte Urteil Revision beim Reichsgericht angemeldet worden.

Zum Tode verurteilt. Der Arbeiter Georg Göbel wurde vom Schwurgericht in Bonn wegen Mordes an seiner Ehefrau zum Tode und zu dauernden Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte nahm das Urteil an. Er hatte, wie die Beweisaufnahme ergab, seine Frau zu einem Flüßchen gelockt, dort gewürgt und so lange unter Wasser gehalten, bis sie tot war. Das Gericht will jedoch ein Gnadengesuch befürworten.

Bankangestellter um 70 000 Kronen bestohlen. In der Zentrale seiner Bank hatte ein Angestellter der Prager Anglo-Bank den Betrag von 70 000 Kronen einkassiert. Das Geld steckte er in eine große schwarze Tasche. Von der Bank begab er sich in ein Geschäft im Innern der Stadt, wo er einen Scheck einzukassieren hatte. Er legte die Tasche mit dem Geld auf einen Stuhl und unterfertigte die ihm vorgelegte Bestätigung. In dem Geschäft erschienen zu dieser Zeit zwei Käufer, die sich alsbald wieder entfernten. Als der Bankangestellte seine Ledertasche mit dem Inhalt von 70 000 Kronen wieder zur Hand nehmen wollte, fand er zu seinem Schreck auf dem Stuhle an ihrer Stelle eine ähnliche Tasche, in der zwei andere Taschen steckten. Die beiden Freunden waren nicht mehr zu erreichen.

Unterschlagungen bei der Coburger Sparkasse. Größeren Unterschleifen ist man bei der Zweigstelle der Sparkasse Coburg in Nürnberg auf die Spur gekommen. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der veruntreute Betrag vollständig gedeckt worden ist, so daß die Sparkasse keinerlei Verluste erleidet. Gegen den schuldigen Angestellten ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

5 Tote durch Benzinexplosion. Eine furchtbare Explosionskatastrophe, der mehrere Personen zum Opfer fielen, ereignete sich in der Warschauer Vorstadt Wola. Infolge der Explosion eines Benzinbehälters in der Privatwohnung eines Droschkenchauffeurs entstand ein großes Feuer. Vier erwachsene Personen und ein Kind sind bei lebendigem Leibe verbrannt, drei Kinder trugen schwere Brandwunden davon.

Der Eichenauer Mord aufgeklärt.

Frankenstein, 27. November. Der Dachdecker August Weiß, der des Frauenmordes in Neuwaltersdorf überführt wurde, hat jetzt auch gestanden, den Mord an Fräulein Seitwald in Eichau in der Nacht vom 3. September begangen zu haben.

Außergewöhnlicher Schmuggel im Westen.

Berlin, 26. November.

In der Zeit vom 1. April bis 30. September 1931 sind in den drei westlichen Landesfinanzamtsbezirken (Düsseldorf, Köln, Münster) insgesamt 21 000 Aufgriffe von Schmugglern erfolgt. Dabei wurden u. a. beschlagnahmt: 17 540 000 Zigaretten, 39 000 Zigarren, 650 Fahrräder, 113 Krafträder, 86 Kraftwagen, 2960 Kg. Benzin und Petroleum, 320 Kg. Fleischwaren, 285 Kg. Backwerk, 715 Stück Geflügel, 107 Liter Weingeist.

Moderne Folter.

Skandal im Erziehungsheim Waldhof.

Prenzlau, 27. November

Gegen 14 Personen hat die Staatsanwaltschaft Prenzlau die Voruntersuchung beantragt, darunter den Direktor des Erziehungsheimes Waldhof bei Templin, das der Inneren Mission gehört. Die Voruntersuchung richtet sich ferner gegen die Erzieher Franke, Förster, Lachmann, Lefeore, Wendele, Knublauch, Schmettka und Seger, gegen den Hausvater Raulf, den Wohlfahrtspfleger Teschler und die Landwirte Stein, Küchemann und Jaap.

Es handelt sich um Vorgänge in der Fürsorgeanstalt Waldhof im Frühjahr dieses Jahres, die seinerzeit die Stadt Berlin veranlaßten, ihre Zöglinge aus dem Heim zurückzuziehen. Die Voruntersuchung ist beantragt wegen vorsätzlicher einfacher und gefährlicher Körperverletzung und fortgesetzter Gesundheitsschädigung der Zöglinge unter Uebertretung der Amts- und Berufspflicht und unter Anwendung von Waffen und gefährlichen Werkzeugen. Teschler und Knublauch werden überdies fortgesetzter Vornahme unzüchtiger Handlungen an minderjährigen Zöglingen beschuldigt.

In der Anstalt sind nach den bisherigen Ermittlungen die Zöglinge in unmenschlichster Weise mißhandelt, gefoltert und teilweise fürs Leben entstellt worden. Einige Erzieher haben anscheinend aus sadistischer Veranlagung gehandelt. Die Innere Mission hatte die Vorkommnisse bestritten, und die Zöglinge hatten, vermutlich unter Druck, eine Erklärung abgegeben, wonach sie in der Anstalt belassen werden wollten.

Die Ermittlungen ergaben dann aber so schwere Verfehlungen, daß zur schnelleren und unbeeinflußten Fortführung der Untersuchung die Einleitung der Voruntersuchung notwendig wurde. Die Innere Mission wird von sich aus eine Untersuchung durchführen.

Sklarek-Prozeß.

Berlin, 27. November

Der Vorsitzende ermahnte im Sklarek-Prozeß die Brüder Leo und Willi Sklarek in Zukunft doch auf die Temperamentsausbrüche zu verzichten und nicht mehr so unsachliche Angriffe gegen die Zeugen zu führen, wie das in den letzten Tagen geschehen sei. Auf diese Ermahnung hin erhob sich Willi Sklarek, um zu erklären, daß auch er den Wunsch habe, die Verhandlungen in vornehmster Art weiterzuführen. Es liege ihm gar nicht, hier die Zeugen anzupöbeln. Wenn aber die Herren vom Magistrat stets von nichts wüßten, von nichts wissen wollten und sich an nichts mehr erinnern könnten, dann sei es doch wohl möglich, in Erregung zu geraten; zum Beispiel, wenn Herr Schüning sich hinstelle wie ein neugeborenes Kind oder der Bürgermeister Scholtz in einem anderen Prozeß unter Eid bekunde, daß er ihn, Willi Sklarek, gar nicht kenne, sondern nur Max, während das Gegenteil der Fall sei. Als erster Zeuge wird dann der Verkaufsleiter Deinert aufgerufen, der seit dem Jahre 1924 im Sklarekschen Dienst stand.

Der Verkaufsleiter Deinert bestätigt, daß von den den Bezirksämtern gehörigen Lagern verschiedentlich Stücke herausgenommen und dann später wieder ersetzt worden seien. Das Personal der Firma Sklarek sei angewiesen worden, die kontrollierenden Beamten darauf aufmerksam zu machen, daß sie billige Anzüge erhalten könnten. Hätten sie dann Anzüge bestellt, so sei bei den Konten der Vermerk „nicht mahnen" gemacht worden. Nach Vernehmung noch weiterer Zeugen, die nichts Wesentliches bekunden können, liest dann der Vorsitzende das Schreiben des Stadtoberinspektors a. D. Boigs, des früheren Geschäftsführers der Neukölner Großhandelsgesellschaft, vor. Boigs teilt mit, daß Kieburg früher bei der Neukölner Großhandelsgesellschaft tätig gewesen sei und auch da schon Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, so daß es sehr gut möglich sein könnte, daß Kieburg die Sklareks betrogen habe. Bereits seit dem Jahre 1916 habe Kieburg die Magistratsbeamten mit billigen Kleidungsstücken beliefert. Die Maßschneider dieser Anzüge seien damals schon die Sklareks gewesen.

Wunderkinder.

Ruth Stenczynski gibt ein Konzert. — Ricardo Manio begeistert sein Publikum. — Aus der Vergangenheit eines Wunderknaben. — Vincenz Chernahaus, der Geigenvirtuose. — Klassische Vorbilder des Typs „Wunderkind"!

Vor einigen Tagen wurde man in Berlin mit einem Wunderkind bekannt gemacht. Mit einem musikalischen Wunderkind, das erst fünf Jahre alt ist und den Namen Ruth Stenczynski trägt. Im allgemeinen kann man ja sagen, es sind nicht alles Wunderkinder, von denen Eltern glauben, daß ihre Kinder es sind, außerdem unterscheiden wir zwei verschiedene Arten von Wunderkindern: die künstlich gezüchteten und die aus natürlicher Veranlagung. Die erste Gruppe findet man häufig, die zweite viel seltener. Also Ruth Stenczynski, diese fünfjährige Krabbe, die man auf einen Stuhl heben muß, damit sie die Tastatur des Flügels erreicht, spielt uns Sonaten von Clementi bis zu Beethoven, ja sie bietet uns sogar eine Fuga in D-moll von Bach. Unzweifelhaft ein Wunderkind, daß es mit fünf Jahren in der Lage ist, Dinge technisch richtig zu spielen, die sonst vielleicht Schülern der Ausbildungsklassen vorbehalten bleiben. Aber dennoch — gedrillt. Sie spielt nicht aus natürlicher Veranlagung heraus, die etwa soweit ginge, daß diese Stücke aus eigenem Empfinden heraus wiedergäbe, sondern sie spielt sie — weil sie diese gelernt bekommen hat und weil man bei diesem Lernen mit allen Schikanen nachgeholfen hat, die man als pädagogisch ungesund bezeichnen konnte. Und wenn Ruth Stenczynski fertig gespielt hat, dann hebt sie irgendeiner wieder vom Klavierstuhl herunter und läßt sie sich auf ihren Zeichenblock stürzen, auf welchem sie zum Erstaunen aller Anwesenden gleichfalls versuchen soll über den Durchschnitt liegende Leistungen zu erzielen.

Das Gegenstück hierzu ist der 11jährige Ricardo Manio — ein kleiner Italiener, oder möglicherweise ein Sproß aus einer Zigeunerfamilie —, ich weiß es selbst nicht. Er spielt Geige, mit einer Impulsivität und mit einem Temperament, er legt in dieses Geigenspiel eigene Stimmung und eigenes Empfinden hinein, daß man es sofort merkt, denn Jungen liegt die Sache im Blut. Es ist nicht das schablonenmäßige Spiel, nicht das nur Eingepaukte, sondern hier schreiten Gabe und Empfinden dem Exerzieren voraus. Zigeunerweisen von Sarasate, La canaria, Hejre-Kati von Huday, all das spielt Ricardo Manio, und so spritzig, wie sein Bogen über die Saiten fährt, so spritzig und tollkühn ist der Junge in seinem Wesen. Man hat ihm nicht das reklamemäßig Träumerische gegeben, das sich in einem merkwürdig gezüchteten Augenaufschlag dokumentiert, man hat ihm auch keine Locken oder Ponnys geschnitten, sondern so, wie der liebe Gott den Bengel geschaffen hat, unverziert und unfrisiert, so läßt man ihn vor sein Publikum treten.

Vor etwa fünfzehn Jahren machte ein Junge viel von sich reden — gleichfalls als Wunderkind berühmt — heute schon erwachsen und lebt irgendwo in Prag. Es war der Veczenyl. Seine bewundernswürdige Gabe zeichnete sich dadurch aus, daß er als Violinist selbst improvisierte und komponierte. Er spielte mit zwölf Jahren eigene Kompositionen, und diese wurden mit technischer Vollkommenheit zu Gehör gebracht.

Noch ein aus Böhmen stammendes Wunderkind war Vinczenz Chernahaus. Als Sohn eines Schneidermeisters erhielt er mit fünf Jahren eine Geige geschenkt, bekam auch gleich Unterricht, und mit sieben Jahren war der Junge soweit, daß sich der Böhmische Musikerverein um seine Mitgliedschaft bewarb. Er spielte sämtliche Dinge mit besonderer Akzentuierung vom Blatt, es erweckte den Anschein, als gäbe es keine Hindernisse für ihn, und mit elf Jahren war der Chernahaus Konzertmeister im Böhmischen Musikerverein. Eine Reihe von Solistenkonzerten fanden das Interesse der Oeffentlichkeit, und als er eines Tages, als Zwölfjähriger, mit einer eigenen Komposition „Pußtamaiden" herauskam, wurde die ganze Welt hellhörig. Gastspielreisen nach Oesterreich und Deutschland, sogar nach Rumänien folgten, und heute ist Chernahaus Konzertmeister der Prager Oper.

Wir haben in der Musikgeschichte einige klassische Vorbilder für das Wunderkind! Da ist es ganz besonders Mozart gewesen, der ja bekanntlich am Wiener Hofe mit 9 Jahren auch schon seine Konzerte gab und mit solch einer Fertigkeit spielte, daß er einmal sogar eine Wette einging, daß er sich in seinem Spiel durch nichts beirren lasse. Der kleine Mozart hatte diese Wette gewonnen. Auch Beethoven muß wegen seiner Auffassungsgabe als Wunderkind gewertet werden. Fiel ihm die praktische musikalische Ausübung in seiner Kindheit auch etwas schwer, so war indes sein musikalisches Gehör und seine Auffassungsgabe schon als Kind soweit gediehen, daß er noch Stunden nach einem Konzert ein gehörtes Stück in der Melodie niederschreiben konnte.

Daß es also Wunderkinder gab und gibt ist nicht zu leugnen, die Geschichte hat unzählige Beispiele dafür, die nicht nur immer auf musikalischem Gebiete liegen, sondern auf manchen anderen künstlerischen Gebieten. Nur die Gegenwart krankt scheinbar etwas daran, den Typ des Wunderkindes künstlich zu züchten!

Wochenendwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterwarte Weimar.

Ueber dem atlantischen Ozean liegt ein kräftiges Tiefdruckgebiet, das sich nunmehr nach dem Festland zu in Bewegung setzt. Der starke Druckfall auf der Vorderseite kündet das weitere Vordringen eines außergewöhnlich warmen Luftstromes an. Wir haben daher zunächst noch mildes Wetter mit starker Bewölkung und gelegentlich Regen zu erwarten. Ob die Wetterlage, die für einige Tage anhalten wird, auch unser Sonntagswetter beherrscht, ist nicht leicht zu entscheiden. Es ist daher sehr gut möglich, daß bis zum Sonntag wieder etwas kältere Luftmassen nach Mitteleuropa vordringen werden. Jedenfalls ist es aber sicher, daß relativ mildes Wetter, allerdings mit Niederschlägen, vorherrschen wird. Frost steht noch nicht in Aussicht.

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Am morgigen Sonntag beginnt bereits die 2. Serie der Punktspiele. Die ausgefallenen Spiele der 1. Serie unserer 1. und 2. Mannschaft werden erst nach Beendigung der 2. Serie nachgeholt. Die 1. Mannschaft spielt in Freyburg gegen die gleiche Mannschaft des 1. F.C. Freyburg 1929. Im Vorjahr mußten wir in Freyburg eine 4:0-Niederlage einstecken. Schlechte Platzverhältnisse sprechen hier viel mit. Im allgemeinen ist man gespannt über das morgige Abschneiden in Freyburg. Pluspunkte können uns nur retten. Die 2. Mannschaft spielt ebenfalls gegen die 2. Mannschaft des 1. F.C. Freyburg. In ihrer jetzigen Hochform sollte sie, wenn auch nur knapp, doch immerhin Sieger bleiben. Beide Mannschaften fahren morgens 8.54 Uhr ab Bahnhof Nebra. Alles andere im Aushanglasten. Die 3. Mannschaft muß nach Roßleben und dort der 4. Mannschaft des S.C. Eintracht Roßleben gegenübertreten. Wir glauben kaum, daß sie dort Lorbeeren ernten kann, da die 3. Mannschaft der Eintrachtler spielfrei ist und sicher der 4. Mannschaft zu 2 weiteren Punkten verhelfen wird. Abfahrt morgens 10.10 Uhr vom Bahnhof Nebra. Die Jugendmannschaft trägt das fällige Rückspiel gegen die Jugendmannschaft der Klosterschule Roßleben in Roßleben aus. Abfahrt mit den Fahrrädern mittags 1 Uhr vom Gasthaus „Zur Sorge".

Kirchliche Nachrichten

1. Advent, den 29. November 1931.

Sonntagsspruch: Die Stunde ist da, aufzustehn vom Schlaf. (Röm. 13, 11)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. (Predigt über Matth. 21, 1—4.) Lieder 4 (347), 8 (1), 12 (348).

Kollekte für den ev. Bahnhofsdienst und die ev. Bahnhofsmission.

1/4 12 Uhr: Jugendgottesdienst im Gemeindesaal.

1/4 12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung in der Pfarre.

2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

8 Uhr: Familien-Abend im Schützenhaus

Mittwoch, 2. 12., Abends 8 Uhr: Missionsstunde im Gemeindesaal.
Freitag, 4. 12., Abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein.

Geschäftliches.

Dienst am Kunden. Die Maggi-Gesellschaft ist mit einer praktischen Neuerung herausgekommen. Durch die Umstellung ihrer Reklame auf die moderne Form der Wertreklame bietet sie ihren Kunden die Möglichkeit, wertvolle Gegenstände des täglichen Bedarfs als Prämien zu erwerben. Jeder Verbraucher von Maggi's Erzeugnissen, der Umhüllungen der Würfel oder die den einzelnen Artikeln beigefügten Gutscheine sammelt und an die Maggi-Gesellschaft Berlin einsendet, kann sich die ausgesetzten Prämien verschaffen. Es werden Löffeln, Gabeln, Messer, Servietten, Tischtücher, Taschentücher und andere brauchbare Artikel ausgegeben. Auch der Sportfreunde ist bei der Auswahl der Prämien gedacht durch Touristenkocher, Fußbälle und dergl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311128-17/fragment/page=0003

Viehzählung.

Am **Dienstag, dem 1. Dezember d. Js.**, findet, wie alljährlich, eine Viehzählung statt, die sich auf

Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Federvieh und Bienenstöcke

erstreckt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Viehzählung lediglich statistischen und volkswirtschaftlichen Zwecken dient und für steuerliche Zwecke pp. nicht verwandt wird. Die Zählung ist sowohl für die Landwirtschaft als auch die agrar- und ernährungspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung von großer Bedeutung. Die Agrarkrise und die sich aus ihr ergebenden Pläne zur Umstellung auf Veredlungswirtschaft machen es dringend nötig, daß nicht nur der Umfang, sondern auch der Aufbau des Viehstapels zuverlässig festgestellt werden muß.

Sämtliche Viehbesitzer werden daher ersucht, den Zählern auf jede Frage bereitwilligst und genau Auskunft zu geben.

Wer vorsätzlich falsche Angaben macht, wird aufgrund der erlassenen Vorschriften mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 RM. bestraft, auch kann Vieh dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, eingezogen werden.

Nebra, den 26. November 1931.

Der Magistrat. Grünberg.

Polizeiverordnung

zum Schutze der Arbeiter und der Oeffentlichkeit bei Dacharbeiten.

Auf Grund des § 120e Absatz 2 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich, der §§ 25 Absatz 3 und 4, 32, 34 und 35 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsammlung S. 77) wird mit Zustimmung des Provinzialrates und nach erfolgter gutachtlicher Aeußerung des Vorstandes der Magdeburgischen und der Thüringischen Baugewerksberufsgenossenschaften für den Umfang der Provinz Sachsen folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Dachhaken.

Auf allen Dachflächen, deren Traufkante mehr als 5 Meter über der Erde liegt und deren Neigung mehr als 30° beträgt, sind an folgenden Stellen Dachhaken aus verzinktem, bei Kupferdächern aus verkupfertem Schmiedeeisen gleichzeitig mit der Ausführung der Dacharbeiten anzubringen.

a) in der Nähe des Firstes und auf den Dachflächen,
b) an beiden Seiten der Grate,
c) auf Mansardenflächen unterhalb des Mansardenknicks.

Die Dachhaken sind in wagerechter Richtung nicht über 1,50 Meter, in Richtung der Dachneigung gemessen nicht über 4 Meter voneinander anzubringen; an den Graten darf ihre Entfernung voneinander nicht mehr als 3 Meter betragen.

Die Dachhaken müssen bei gewöhnlichen Dächern einen Querschnitt von mindestens 210 Quadratmillimeter bei mindestens 7 Millimeter Stärke haben; bei Türmen müssen die Haken einen entsprechend stärkeren Querschnitt besitzen.

Um zu den Dachhaken gelangen zu können, müssen Aussteigeöffnungen angebracht werden.

§ 2.

Schneefangeisen und Schneefanggitter.

Um durch Herabfallen von Schnee, Eis und Teilen der Dachdeckung Menschen nicht zu gefährden, sind an allen Dachflächen mit einer Neigung von mehr als 20° bei an Straßen und Zugangswegen liegenden Gebäuden und Gebäudeteilen am Dachfuß Schneefangeisen mit Schneefanggittern oder ähnliche Vorrichtungen anzubringen. An geknickten Dächern (Mansarddächern) müssen an jedem Dachknick Schneefangvorrichtungen vorhanden sein. Die Stützen der Schneefangvorrichtungen (Schneefangeisen) dürfen seitlich nicht mehr als 0,8 Meter auseinander liegen und müssen einen Querschnitt von mindestens 7 × 30 Millimeter haben. Schneefangeisen und Schneefanggitter müssen aus verzinktem, bei Kupferdächern aus verkupfertem Schmiedeeisen hergestellt sein.

§ 3.

Ausnahmebestimmungen.

Von der Anbringung der Dachhaken, Schneefangeisen und Schneefanggitter kann abgesehen werden:

a) bei ungeknickten Dächern (Sattel-, Pultdächern usw.), deren Traufkante nicht mehr als 5 Meter und deren First nicht mehr als 10 Meter,
b) bei Mansardendächern, deren Mansardenknick nicht mehr als 7 Meter und deren First nicht mehr als 10 Meter über der Erde liegt.

Von der Anbringung von Schneefangvorrichtungen kann ferner in allen Fällen abgesehen werden, in denen nach Lage der Gebäude oder durch besondere Vorkehrungen (genügend tiefe Vorgärten oder Grünflächen, Form der Rinne, Gestaltung des Hauptgesimses oder dergl.) die Gewähr dafür gegeben ist, daß die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet ist.

§ 4.

Rinneisen.

Für aufliegende oder vorhängende Dachrinnen von mehr als 28 Zentimeter Zuschnittbreite müssen die Rinneisen mindestens 200 Quadratmillimeter (40/5 Millimeter) stark und gut verzinkt sein. Bei Kupferrinnen sind Rinneisen aus verkupfertem Schmiedeeisen zu verwenden.

§ 5.

Bei Umdeckungen sind schadhafte oder unvorschriftsmäßige Dachhaken, Schneefangeisen, Schneefanggitter und Rinneisen durch vorschriftsmäßige zu ersetzen sowie fehlende zu ergänzen.

§ 6.

Diese Polizeiverordnung tritt am 1. Dezember 1931 in Kraft.

Mit diesem Zeitpunkt treten die entgegenstehenden Bestimmungen der Ortspolizeibehörden und des Regierungspräsidenten in Merseburg, insbesondere § 16 Ziffer 4 der Baupolizeiverordnung für die Städte und das platte Land des Regierungsbezirks Merseburg mit Ausnahme von Halle a. S. vom 1. November 1929 (Sonderbeilage zu Stück 47 des Regierungsamtsblatts für 1929), außer Kraft.

Diese Polizeiverordnung tritt am 31. Dezember 1960 außer Kraft.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden nach § 147 Absatz 1 Nr. 4 der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft. Neben der Bestrafung ist die Ortspolizeibehörde befugt, die Herstellung ordnungsmäßiger Zustände herbeizuführen.

Magdeburg, den 31. Oktober 1931.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.
Dr. Falck.

Wird veröffentlicht:

Nebra, den 27. November 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Sonntag, den 29. November, abends 8 Uhr im Saale des Schützenhauses:

Kirchl. Familien-Abend

Vortrag des Herrn P. Giesewetter über

Ulrich Zwingli.

Deklamatorium: Die hohen Feste als liebe Gäste.
(Gedichte und Chorlieder.)

Jedermann ist herzlich eingeladen. Eintritt frei!

Stadt-Lichtspiele „Preuß. Hof"

Sonntag, den 29. Novbr., abends 8¼ Uhr:

Mädchen am Kreuz

Ferner:

Wild-West.

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Schweizerhaus Vitzenburg

Sonntag, den 29. November
von abends 7.30 Uhr ab

Tanzvergnügen

Tanzgeld frei

Es ladet freundlichst ein **Wirthmann**

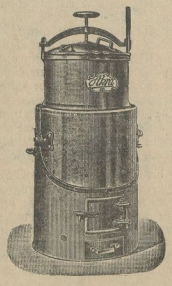
Was Sie wissen müssen weiss

„DIE WOCHE"

In jedem Heft:
Großer aktueller Bericht in Wort und Bild, daröber hinaus Beiträge bekannter Gelehrter, Dichter und Künstler. Die „Woche", die wertvolle deutsche Zeitschrift, überall für 50 Pfennig.

Ihre Kartoffeln dämpfen Sie

vorteilhaft



nur mit dem Akra-Dämpfer,

er ist sparsam im Brennstoffverbrauch, sodaß sich die Anschaffung schon in kurzer Zeit lohnt.

Akra-Dämpfer sind führend.

Fordern Sie unseren neuen Prospekt.

Kyffhäuserhütte Artern 6 Fernsprecher Artern Nr. 201.

Voranzeige.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Mittwoch, den 2. Dezember:

Im Tonfilm:

Die letzte Kompagnie

Zeppelin-Rundfahrt um die Welt
Stahlhelmtreffen von Breslau
Tagung in Bad Harzburg
Außerdem: Der große Zapfenstreich

Jnlett und Bettfedern

kaufen ist Vertrauenssache!

Gehen Sie zum Fachmann!

Jnlette führe nur in Ia. Qualitäten, federdicht und echtrot.

Bettfedern kommen nur in einwandfreier, gewaschener Ware, in Packungen, zum Verkauf.

Kissenfedern	Pfund	85 ₰
Graue Gänsefedern	„	300 ₰
Halbweiße Gänsefedern	„	400 ₰
Rein-weiße Gänsefedern	„	500 ₰

Besonders füllkräftig.

Halb-Daunen und **Dreiviertel-Daunen** stets am Lager.

Aufleger mit keimfreier Füllung von RM 11.25 an

Friedrich Krey, Inh. Emil Krey

Erwerbslosen

abgebauten Beamten, Kaufleuten usw., auch Damen in Städten und auf dem Lande, die vorwärts streben und sich ohne Risiko **guten Verdienst** schaffen wollen, bietet **Mittelstandskrankenkasse mit neuzeitlichen Einrichtungen** infolge Umorganisation eine

Kreisvertretung

an. Es werden **Höchstprovisionen** und **Zuschüsse** gewährt. Auf Wunsch steht vorbereitetes Abreßenmaterial zur Verfügung. — Angebote von wirklich befähigten Kräften und gutbekannten Damen und Herren werden gebeten unter **Schließfach Nr. 313 Halle a. d. S. 2.**

Das ewige Streichholz

„Erlkönig"

ersetzt garantiert ca. 20 000 Stück Streichhölzer und deckt auf Jahre Ihren Bedarf.

Es rußt nicht, ist vollständig geruchlos, ohne Geschmacksbeeinträchtigung und ohne irgendwelchen Mechanismus. Ohne Benzin! Kein Feuerstein. ***Brennt unabhängig von Wind und Wetter.***

Es ist unempfindlich gegen Feuchtigkeit, Hitze, Druck und Stoß. Es ist bruchsicher und nur ca. 14 Gramm schwer.

Als einmaliger Vorzugspreis, gültig bis Weihnachten. 1 Stück ***1.70 RM zuzüglich Portospesen, bei 5 Stück 10 Prozent Rabatt.***

Sinnreichstes Geschenk für Weihnachten!!

Paul Geißler, Halle a.S.

Alleinvertrieb für Mitteldeutschland. — Weltschlager! ***Alter Markt 1***

Hypotheken

volle Auszahlung, unkündbar, zinsfrei auf Gegenseitigkeit. Bedingungen kostenlos.
Hypothekenkasse A.-G.,
Leipzig C 1, Durfourstraße 4.

J. C. KÖNIG & EBHARDT
GESCHÄFTSBÜCHERFABRIK
HANNOVER

und anderer bekannter Firmen liefert

Buchhandlg. W. Sauer-Roßleben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311128-17/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbiblio

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 142 — Sonnabend, den 28. November 1931. — 44. Jahrgang

Haussuchungen bei der NSDAP.

Das Material dem Oberreichsanwalt zugeleitet.

Darmstadt, 27. November

Das Preußische und das Hessische Innenministerium gaben dem Oberreichsanwalt ein Dokument und Beweisangaben über seine Echtheit zugeleitet, das von führenden Kreisen der Nationalsozialistischen Partei in Hessen aufgestellt worden sein soll.

Das Dokument sei benannt als „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet."

Die Durchführung der Volksernährung solle nach dem Dokument durch Kollektivspeisung und auf Grund von Lebensmittelkarten erfolgen, auf die Lebensmittel ohne Bezahlung geliefert werden sollen.

Ein besonderer Verordnungsentwurf des Dokuments „zur Sicherung des gegenwärtigen Eigentumsstandes" spreche aus, daß die Führung „zur Rettung des Lebens der Bevölkerung" gezwungen sei, über den gesamten Ertrag des Volksvermögens und das Vermögen des einzelnen Volksgenossen zu verfügen.

„Es gibt", so sage das Dokument an dieser Stelle weiter, „bis zu anderweitiger Regelung kein Privateinkommen mehr".

Dafür werde der gegenwärtige Vermögensstand gesichert durch Verbot von Zwangsvollstreckungen, Hemmung von Verjährungsansprüchen, Aufhebung des Zinsenlaufes für Geldforderungen und den Mietzins usw. Ein besonderer Verordnungsentwurf behandle die nationale Arbeitsdienstpflicht, die jeden „Deutschen (nicht Juden usw.) männlichen und weiblichen Geschlechts" vom 16. Lebensjahre betreffe, soweit er nicht bei Behörden dient oder der S. A., bezw. Landeswehr angehört. — Das Dokument sei von dem hessischen Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer dem Polizeipräsidenten in Frankfurt a. M. überreicht worden, weil dieser Abgeordnete, der inzwischen mit der NSDAP in Differenzen geraten sei, in ihm illegale Bestrebungen erblicke, die er mit seinem Gewissen nicht habe vereinbaren können.

Die Illegalität werde erblickt in der einleitenden Bemerkung „nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Ueberwindung der Kommune".

Erklärung der Parteileitung.

München, 27. November

Die Pressestelle der Reichsparteileitung der NSDAP erklärte zu der Angelegenheit der im Braunen Haus in Darmstadt vorgenommenen Haussuchung, es handle sich, wenn wirklich belastendes Material gefunden worden sei, um Fälschungen, jedenfalls um Dinge, mit denen die Partei nichts zu tun habe, von denen sie keine Kenntnis gehabt habe, die sie aber auch für ausgeschlossen halte.

Eine eingehendere Stellungnahme der Parteileitung sei erst möglich, wenn ihr selbst die bis jetzt noch fehlenden Unterlagen vorliegen. Diese Stellungnahme der Parteileitung sei noch zu erwarten.

Am Schlusse der Erklärung wird — wie bei früheren Gelegenheiten — nochmals betont, daß jedes Parteimitglied, das sich mit illegalen Dingen beschäftige, aus der Partei ausgeschlossen werde.

Eine Legalitätserklärung Göhrings an den Reichsinnenminister.

27. November.
eordnete Göh-
itler im Zusam-
em Reichsinnen-
nittelt:
verratshandlun-
ung erst durch die
tung sowie die
icht das ge-
ht nach wie vor
ten und beschwo-
wird die Vor-
en, der nicht die
os vorgehen und

rdnung.

27. November.
chsregierung die
dnung den Voll-
ndwirtschaft ein-

nungen der Ost-
Anwendung fin-
poinz Schleswig-
nach die Einfüh-
die Gebiete in
Landwirtschafts-
ellen eingehende
che Zustimmung
der Provinzialbehörden gefunden haben.

12000 Siedlungen im Jahre 1931.

Wie mitgeteilt wird, kann man damit rechnen, daß in in diesem Jahr die Zahl der angesetzten Siedler einen Rekord bedeuten wird. Diese Zahl wird auf rd. 12 000 geschätzt.

Nach den neuen Richtlinien, die der Aufbau- und Primitivsiedlung dienen, soll im nächsten Jahr mindestens die gleiche Anzahl von Siedlern angesetzt werden. Falls sich die Finanzierungsmöglichkeit verbessert, wird mit einer noch größeren Zahl von anzusetzenden Siedlerstellen gerechnet.

Laval wird ausfallend.

Unerhörte Angriffe gegen Deutschland.

Paris, 27. November.

Der französische Ministerpräsident Laval antwortete in der Mittwochnachmittag-Sitzung in einstündiger Rede auf die zahlreichen Interpellationen über die Außenpolitik Frankreichs. Er begann damit, chronologisch die Ereignisse zu skizzieren. Die optimistischen Voraussagen, die man an das Hooverfeierjahr geknüpft habe, hätten sich nicht erfüllt.

Der Ministerpräsident erinnerte im einzelnen daran, wie eine große deutsche Bank am 13. Juli ihre Schalter geschlossen habe und damit eine Periode der Beunruhigung eingesetzt habe. Auf Anregung Macdonalds sei dann eine internationale Konferenz zusammenberufen worden, um die Lage Deutschlands zu prüfen. Zuvor seien die deutschen und französischen Staatsmänner in Paris zusammengekommen. Hierbei habe sich sofort gezeigt, daß

Schwierigkeiten auf beiden Seiten

bestünden. Trotzdem habe man da sich eine gegenseitige Achtung gezeigt habe, mutig den Versuch machen müssen in irgendeiner Weise etwas zu unternehmen. Sowohl der Reichskanzler wie auch er als französischer Ministerpräsident hätten die Interessen ihrer Länder gewahrt, und er entsinne sich eines Wortes, das Reichskanzler Brüning gebraucht habe und das auf ihn tiefen Eindruck gemacht habe:

„Es ist eine Tragödie in der Geschichte unserer Völker, das wir niemals zu gleicher Zeit das gleiche Wort aussprechen können."

Er, Laval, habe das Empfinden gehabt, daß sowohl der Reichskanzler als auch der Reichsaußenminister befriedigt gewesen seien von der offiziellen Aussprache während des Pariser Besuches. Dann sei man am 20. Juli gemeinsam zur Londoner Konferenz gefahren. Ministerpräsident Laval erinnerte daran, welche Beschlüsse man in London bezüglich der deutschen Krise gefaßt habe, die zu der bekannten Sachverständigenkommission in Basel unter den Auspizien der Internationalen Zahlungsbank und zu den Verhandlungen über die kurzfristigen Kredite führten.

Laval zeigt sein wahres Gesicht.

Laval kam dann auf die Reise zu sprechen, die er und Außenminister Briand nach Berlin unternommen haben und die mit der Einsetzung einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission geendet habe. Die erste Fühlungnahme dieser Kommission am 13. November berechtige zu den besten Hoffnungen für die Zukunft. Laval streifte dann kurz seine Reise nach Washington und sprach dann über die allgemeinen politischen Probleme der Gegenwart. Bei seinen Ausführungen über das Reparationsproblem machte Laval Ausführungen, die in der deutschen Oeffentlichkeit stärkstes Befremden hervorrufen müssen.

So verstieg er sich zu der höchst unfreundlichen Feststellung, daß Deutschland als Schuldner eine gewisse Großmannssucht bewiesen habe, immer alles schöner zu gestalten und die nationalen Ausrüstungen zu vervollkommnen, aber in dem Augenblick, in dem man zahlen solle, sich für zahlungsunfähig zu erklären, das sei die Gewohnheit Deutschlands. Dieser Zustand werde noch dadurch verschlimmert, daß Kundgebungen erfolgten, die bei zu vielen Menschen in Deutschland Unterstützung fänden.

Er, so fuhr Laval unter starkem Beifall der Mitte und der Rechten fort, verstehe das Elend des deutschen Volkes; aber wenn nun das Gegenteil der Fall wäre, was würde man in Deutschland denken, wenn Frankreich genau so handeln würde, wie man in Deutschland handele? Die Welt sei gewiß durch eine beispiellose Krise in Mitleidenschaft gezogen. Deutschland sei am stärksten davon betroffen; aber andere Länder seien auch nicht verschont.

Frankreich müsse sich weigern, sein Geld zu vergeuden.

Frankreich dürfe auch nicht Beweise einer gewissen Großmut geben, wie gewisse Länder von ihm erwarten. Frankreich habe seine Pflicht erfüllt.

Appell an die Frauen.

Paris, 27. November.

Der internationale Kongreß für die moralische Vorbereitung der Abrüstung, an dem 600 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, wurde mit einer Sitzung eröffnet, die der Frage galt: Warum abrüsten?

In dieser Richtung richtete die deutsche Delegierte Frau Dr. Lüders einen eindringlichen Appell an die Frauen der ganzen Welt, mitzuwirken bei der Befestigung des Vertrauens zum Frieden und des Glaubens an den Frieden, ohne die eine Wiederholung der Weltkatastrophen nicht verhindert werden könne.

Ausgehend von der klassischen Formulierung des Verzichts auf den Krieg in der Präambel des Kellogg-Paktes, erinnerte Frau Lüders daran, daß mit diesem formellen Verzicht nur ein erster Schritt getan sei, der jedoch ohne die Niederlegung der Waffen den Frieden nicht verbürgen könne.

Das wird solange unmöglich sein, als nach Hoovers Wort die öffentliche Ordnung der Völker auf der Furcht und nicht auf dem guten Willen aufgebaut ist.

Verständnis und Achtung, freiwilliger Verzicht nicht nur auf das „Recht des Stärkeren", sondern auch auf den moralischen Zwang, den man auf ein Volk ausgeübt hat, sind unerläßliche Voraussetzungen einer friedlichen und vertrauensvollen Gemeinschaft der Völker.

Die Frauen müssen ihre Stimme in allen Staaten erheben, um den Staatsmännern, die noch unentschlossen zweifeln, und den Volksvertretungen, die noch ängstliche Berechnungen anstellen, verstehen zu geben, daß ohne Vertrauen kein Frieden bestehen kann.

Einberufung der Sachverständigen.

Basel, 26. November.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gibt amtlich die Einberufung des Sonderausschusses für die Prüfung der deutschen Finanzlage bekannt. Die Tagung beginnt am 7. Dezember in Basel. Zu Mitgliedern des Sonderausschusses wurden ernannt: Professor Beneduce-Italien, Staatsminister Francqui-Belgien, Sir Walter Layton-London, Dr. Melchior-Hamburg, Direktor Hohara-London, Professor Charles Rist-Paris, Dr. Stewart-Neuyork.

Ladendorffs Immunität aufgehoben.

Berlin, 26. November.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtags beschloß, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Ladendorff (Wirtschaftspartei) wegen seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank für Handel und Grundbesitz zu erteilen.

Die Lohnbewegung.

Essen, 27. November

Schiedsspruch für den Ruhrbergbau.

In den Verhandlungen über die Löhne im Ruhrbergbau wurde durch die Schlichterkammer mit den Stimmen der Arbeitnehmer ein Schiedsspruch gefällt, wonach das bestehende Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1931 verlängert wird. Der Spruch kann erstmalig am 1. Dezember zum 31. Dezember gekündigt werden.

. . . für die Bielefelder Metallindustrie.

In dem Lohnstreit in der Bielefelder Metallindustrie wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters ein Schiedsspruch gefällt, wonach mit Wirkung vom 23. November 1931 die Löhne der Zeitlöhner um 5 Prozent, die Akkordrichtlöhne um 6 Prozent gesenkt werden. Die Regelung kann mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. 1. 1932 gekündigt werden.

. . . in der Nordbayerischen Textilindustrie.

Im Lohnstreit der Nordbayerischen Textilindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt. Dieser sieht eine Herabsetzung der Akkordlöhne und Akkordsätze um 5 Prozent und eine unveränderte Fortdauer der Zeitlöhne vor. Diese Regelung soll mindestens bis 5. März 1932 bestehen bleiben.

Aufforderung zu Hungermärschen.

Prag, 27. November

Wie zu den blutigen Ereignissen bei Niederlindewiese, bei denen 6 Tote zu beklagen sind, weiter amtlich gemeldet wird, machten die 15 Gendarmen von der Schußwaffe gegen die ungefähr 800 Personen starke angreifende Menge erst Gebrauch, als nach Verwundung des Gendarmeriekommandanten, Oberleutnants Jirkovsky, elf von Steinen und Stöcken getroffene Gendarmen in höchster Bedrängnis waren und die Menge sich bereits auf die Gendarmen stürzte und ihnen Pfeffer und Salz in die Augen zu streuen begannen.

In den Abendstunden herrschte in der Gegend vollkommene Ruhe. Es wurde festgestellt, daß der kommunistische Senator Langer in einer öffentlichen Versammlung in Wagstadt die Versammlungsteilnehmer zu Hungermärschen aufgefordert hatte.

Lärmszenen im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus, dessen Sitzung kurz nach dem Eintreffen der Nachrichten von dem blutigen Ereignis in Schlesien unterbrochen wurde, nahm nach etwa einstündiger Pause die Sitzung wieder auf. Nachdem der kommunistische Abgeordnete Gottwald namens seiner Fraktion das Vorgehen der Gendarmerie gegen die Arbeiter, die sich nur gegen eine Lohnherabsetzung gewehrt hätten, verurteilt hatte, ergriff Innenminister Slavik in Gegenwart des Ministerpräsidenten und zahlreicher Mitglieder der Regierung das Wort. Er wurde von den Kommunisten mit Lärm und Zwischenrufen empfangen.

Der Minister ersuchte die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, bei der Untersuchung zugegen zu sein, die sofort durchgeführt werden würde. Kein Schuldiger werde der Strafe entgehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311128-17/fragment/page=0005